

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120488
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 9888846 ppbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 201

21. Oktober 1982

Egon Lutz MdB, Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit Worten und Taten des neuen Arbeitsministers auseinander. Seite 1

Horst Haase MdB kritisiert das AVG-Urteil zum Staatshaftungsrecht. Seite 3

Klaus Kühler MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion, befaßt sich mit dem Anbiederungsversuch Kohls bei den Umweltschützern. Seite 4

Rudolf Müller MdB widerspricht Geißler: Der neuen Regierung kommt es doch aufs Parteibuch an. Seite 5

Norbert Blüm im Zeitablauf

Vom Gegenschwimmer zum Büttenredner

Von Egon Lutz MdB
Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Neu in einem bedeutenden Amt sollte jeder eine Chance haben, zu zeigen, was er kann. Norbert Blüm macht es aber jedem Gutwilligen schwer, auch nur 20 Tage Zurückhaltung zu üben. Soll man ihn ernst nehmen, obwohl er nicht müde wird, Unsinn zu erzählen? Weiß der Teufel, wer ihn geritten hat, das Gerede von der Lohnpause anzufangen. Aber warum gelingt es niemandem, ihn von dem falschen Dampfer wieder runterzuholen? Ein Arbeitsminister, der die Tarifautonomie frontal angeht, ist politisch dumm, zumal wenn er sich gleichzeitig rühmt, jahrzehntelang Gewerkschafter zu sein. Selbst davon einmal abgesehen, wäre eine Lohnpause ein zusätzlicher konjunktureller Würgegriff. Das haben selbst Industrievertreter inzwischen begriffen. Blüm kann mit dem Gerede von der Lohnpause nur im gewerkschaftsfeindlichen Lager Punkte machen, aber warum will gerade er den Wirtschaftsgrafan überholen?

Der neue Bundesarbeitsminister hat früher durchaus eigene ehrenwerte Positionen vertreten. Erinnerung sei an den Streit in der Union um die "richtige" Mitbestimmung. Das war Anfang der 70er Jahre. Die CDU hat sich damals natürlich nicht für die Parität entschieden. Das mußte Blüm vorher wissen. Er ist aber dennoch in die Abstimmungen gegangen und er hat ehrenhaft gekämpft, das kann auch heute nicht vergessen sein. Seine CDA - die Christlich-Demokratische Arbeitnehmer-schaft - wurde in der Union oft gewogen und immer für reichlich leicht befunden. Aber immerhin: Gegen den Strom zu schwimmen, ist in allen Parteien nicht leicht. Wer dennoch bei seinen Sachargumenten bleibt, hat Anerkennung verdient.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Verantwortlich für den Inhalt:
Helmut G. Schmidt



Danach, ungefähr seit 1975, ging es aber mit Blüm sicher und stetig bergab. Die Sozialausschüsse der Union sind in den letzten Jahren mehr und mehr verkommen. Ihr Vorsitzender hat Stil und Inhalt der politischen Büttenrede im Laufe der Zeit perfektioniert. Keine Wortschöpfung war zu billig, als daß er sie nicht zu transportieren versucht hätte.

Erinnern wir uns: Norbert Blüm ist der Erfinder der "neuen Mütterlichkeit", also Anhänger des uralten konservativen Rezepts, Frauen gehörten zurück an den Herd. Die Beschäftigungskrise auf dem Rücken der erwerbstätigen Frauen auszutragen, das ging selbst den Unionsfrauen zu weit. Blüm ist der Erfinder der "sanften Technik", er allein kann wissen, was diese Phrase eigentlich soll. Ein Beitrag zur Diskussion über die Humanisierung der Arbeit jedenfalls war es nicht. Richtig ist, die Technik muß an die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen angepaßt werden und nicht umgekehrt. War das gemeint? Wenn ja, hätte man es auch schlicht und verständlich ausdrücken können.

Wo waren, so ist zu fragen, die Sozialausschüsse, als Kurt Biedenkopf vor Jahr und Tag für ein Verbändegesetz stritt, um die Gewerkschaften an die Leine zu legen? Wo waren die Sozialausschüsse, als die CSU eine eigene Richtungsgewerkschaft konkret vorbereitete, als selbst schon die Säle angemietet waren? Hat Norbert Blüm je gegen die Pläne der Union argumentiert, Sprecherausschüsse sogenannter leitender Angestellter gesetzlich zu fixieren, um damit die Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu spalten? Dagegen haben die Sozialausschüsse, hat auch Norbert Blüm, Franz-Josef Strauß als Kanzlerkandidaten der Union 1980 "ohne Wenn und Aber" unterstützt.

Norbert Blüm ist als Herz-Jesu-Sozialist verspottet worden. Das hat er nicht verdient. Daß die Sozialausschüsse inhaltlich nichts zu bieten haben, zeigt sich jetzt erst richtig. In der Regierungsverantwortung reichen Phrasen und Sprechblasen nicht aus. Hat der neue Bundesarbeitsminister in die Koalitionsverhandlungen der Regierung Kohl-Zimmermann-Genscher Arbeitnehmerinteressen eingebracht? Auch sorgfältiges Recherchieren hat bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt. Seine Einlassungen im Plenum des Deutschen Bundestages in der Debatte zur Regierungserklärung geben auch nichts Entsprechendes her. In der Opposition haben die Sozialausschüsse leicht überwintert. Sich an gewerkschaftliche Kritik an der alten Koalition anzuhängen und noch einen draufzusetzen, war jahrelang bequem, zu bequem, wie man jetzt sieht. Diese Masche zieht nun nicht mehr.

Blüm muß sich der viel heftigeren Kritik der Gewerkschaften an seiner oder der von ihm mitvertretenen Politik erwehren. Was ihm noch bleibt, ist, wider besseres Wissen, alles seinen Vorgängern im Amt anzulasten, aber mit einem derartigen "Programm" kann man kaum über den Winter kommen. Zu befürchten ist allerdings, daß der neue Arbeitsminister dieser Illusion anhängt. Beobachter der Bonner Szene haben wiederholt den Eindruck gehabt, in Blüm einen missionierenden amerikanischen Wanderprediger vor sich zu haben. Dieser Eindruck ist irreführend. Vergleichbar ist aber der Eifer, mit dem zwar nicht zum Werke, aber zum Rednerpult gestrebt wird.

(-/21.10.1982/ks/rs)

+ + +



Ein Schlag gegen die Bürgernähe

Das BVG-Urteil zum Staatshaftungsrecht stärkt die "Obrigkeit"

Von Horst Haase

Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Bürokratie und obrigkeitrechtliche Ordnung sind wieder vor dem Bürger auf den 1. Platz gesetzt worden.

Mit einem rechtlich zweifelhaften Argument, der fehlenden Zuständigkeit des Bundes für die Regelung der Staatshaftung, hat das Bundesverfassungsgericht verhindert, daß die Position des Bürgers gegenüber der Bürokratie gestärkt wird.

Rechtspolitisch ist das Urteil ein Schlag gegen die Vernunft und Bürgernähe. Wenn die einzelnen Länder im Bereich der Staatshaftung die Gesetzeskompetenz haben, bedeutet dies, daß es unterschiedliches Entschädigungsrecht geben soll, das davon abhängt, ob ein Bürger sein Finanzamt in München oder in Hamburg verklagt. Beide Ämter würden jedoch wegen des gleichen Schadensfalles verklagt, und wenden auch gleiches Recht an.

Dasselbe kann man sich in der Arbeits- und Sozialverwaltung, oder im Verteidigungsbereich vorstellen. Bisher kann - wenn auch unter erschwerten Umständen - jeder Bürger nach einheitlichem Recht (Artikel 34 GG, § 839 BGB) wegen Schäden, die ihm von Seiten der Bürokratie zugefügt worden sind, klagen.

Doch weil dieses Bürgerrecht nun verbessert wurde, vor allem dadurch, daß die Bürokratie bei Klagen jetzt den Entlastungsbeweis führen muß, soll diese Regelung plötzlich Landesrecht sein. So könnte jedes Land also eigene Rechtsvorschriften formulieren. Da muß sich doch geradezu der Verdacht aufdrängen, daß das Gesetz deshalb zu Fall gebracht wurde, weil es den staatlichen Organen unbequem war.

Wieso befürchtet man in der Bayerischen Staatskanzlei eigentlich "Inanspruchnahme", also Kosten in Höhe von über 100 Millionen Mark bei der Bürokratie, wenn diese doch dem Bürger keinen Schaden zufügt?

Will man nicht für Fehler haften, für die im privaten Bereich zum Beispiel der Kraftfahrzeughalter selbstverständlich zu haften hat?

Ein solches Gesetz aus einem so formalen Grund wie die Länderzuständigkeit zu verhindern, spricht gegen die Bayerische Staatsregierung als einem der Betreiber dieses Gerichtsverfahrens.

Vor allem deutet es darauf hin, daß es dem Bundesverfassungsgericht an dem notwendigen Gespür für ein solches Bürgerrecht in unserer Demokratie und im Verhältnis des einzelnen Bürgers gegenüber einer immer mächtiger werdenden Bürokratie fehlt.

(-/21.10.1982/ks/rs)

+ + +



Anbiederung

Kohl wirbt mit unzutreffenden Aussagen um Umweltschützer

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Der neue Bundeskanzler Kohl hat dem Umweltschutz, einer zentralen innen-, immer mehr aber auch außenpolitischen Frage (wegen der Notwendigkeit grenzüberschreitender gemeinsamer Schutz- und Vorsorgemaßnahmen) in seiner Regierungserklärung nur ganze 17 Zeilen gewidmet. Trotzdem findet sich in diesen 17 Zeilen ein an sich bemerkenswerter Satz. Er lautet: Wirtschaftswachstum und Umweltschutz bilden keinen Gegensatz.

Es bestehen allerdings erhebliche Zweifel daran, daß die neue Bundesregierung diesen Satz so versteht, wie er objektiv zu verstehen ist und wie er in der deutschen Öffentlichkeit ja auch verstanden werden soll. Kohl will sich hier öffentlich wieder eigenes besseres politisches Wissen bei Umweltschützern anbiedern.

Alles bisherige politische konkrete Handeln der CDU/CSU als Opposition spricht gegen diesen neuen Satz von Kohl. Bisher wurde dieser Sachverhalt energisch bekämpft.

Es stimmt deshalb auch nicht die Aussage von Kohl in seiner Regierungserklärung, daß die bisherigen Erfolge in der Umweltschutzpolitik auf dem Zusammenwirken aller im Bundestag vertretenen Parteien beruhen. Das Gegenteil ist die historische Wahrheit in der Umweltpolitik. CDU und CSU haben sich bislang im Zweifel grundsätzlich immer bei angeblicher Interessenkollision gegen den Umweltschutz ausgesprochen. Zahlreiche Beispiele der Vergangenheit belegen das. Insbesondere Baums bisherige Umweltpolitik wurde scharf bekämpft.

Und was macht den Wandel in der Umweltpolitik deutlicher als das Ausbooten und Fallenlassen von Baum durch Kohl letztlich selbst. Baum galt als Exponent der FDP in der Umweltpolitik. Ebenso sein zuständiger Abteilungsleiter. Beide sind nicht nur abgelöst worden: Die Form ihrer Ablösung war ein Affront gegen den Umweltschutz. Alle Umweltschützer haben das sehr wohl vermerkt. Und was kann den negativen Wandel in der Umweltpolitik deutlicher machen als die Tatsache, daß die FDP die von ihr bislang beanspruchte wichtige Domäne der Umweltpolitik an die CSU abrupt und total abtreten mußte.

Die Umweltpolitik nur der CSU zu überlassen, ist natürlich ein Zeichen der politischen Schwäche Kohls, aber diese Tatsache läßt vor allem nichts Positives für die Zukunft dieser zentralen Politikfrage erwarten.

Kohl hat sich das vielleicht anders gewünscht. Er wollte auch hier - wie bei vielen anderen Politikbereichen - auf einen gut fahrenden Zug aufspringen und bisherige Erfolge auf seine Fahnen schreiben.

Dies ist Kohl jedenfalls bei seinen ersten Schritten in der Umweltpolitik nicht gelungen.
(-/21.10.1972/bgy/ca)

+ + +



Auf der Höhe der Zeit

Die CDU und ihre Parteibuch-Personalpolitik

Von Rudolf Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages

Das richtige Parteibuch darf nicht länger das entscheidende Kriterium für eine Beamtenkarriere sein! - Ein donnerndes "Bravo" kann die Gemeinschaft der Demokraten, gleich welcher politischer Couleur, zu diesen markigen Worten des CDU-Generalsekretärs und Familienministers Heiner Geißler nur ausrufen. Oder bleibt da etwa dem einen oder anderen das Wort im Halse stecken? Schließlich war in allen Zeitungen nachzulesen, wieviele Schreibtische in Bonn in den letzten Tagen mit dem Einzug der CDU/CSU-Minister bereits geräumt werden mußten.

Nun ja, nach den Worten von Heiner Geißler muß es wohl so sein, daß auch hier wieder mal der erste Eindruck täuscht. Wahrscheinlich hätten die neuen Herren in den Regierungsetagen liebend gerne die leitenden Beamten übernommen, ohne auch nur einen Blick auf deren Parteibuch zu werfen - wenn diese nicht weithin und in aller Öffentlichkeit ausgerechnet als Sozialdemokraten bekannt gewesen wären.

So mußte man sich denn schweren Herzens von einigen Beamten trennen. Nicht wegen des Parteibuches, aber wer nach dem 17. September 1982 in exponierter Position des öffentlichen Dienstes noch sozialdemokratisches Gedankengut vertritt, liefert doch selber den schlagenden Beweis, daß er nicht ganz auf der Höhe der Zeit ist und zumindestens eine im Beamtenkreisen durchaus erwünschte Wendigkeit vermissen läßt.

Es war also geradezu eine staatsmännische Pflicht, zum Wohle des deutschen Volkes einen solchen Beamten in eine politisch ungefährliche Abteilung oder in besonders schweren Fällen in den Ruhestand zu versetzen. Daß die frei werdende Stelle mit einem besseren, fähigeren, kooperativeren und verantwortungsvolleren Beamten - also mit einem CDU-Mann - besetzt wurde, versteht sich dann doch wohl von selbst.

Allein aus der übergroßen Sorge um das Gemeinwohl, verbunden mit der Anlegung objektivster Maßstäbe an die Leistungsfähigkeit der Beamten, ist daher auch zu erklären, daß in Heiner Geißlers Herkunftsland Rheinland-Pfalz ebenso wie in den übrigen CDU-regierten Bundesländern - von Bayern ganz zu schweigen - seit Jahr und Tag die Führungspositionen fest in christdemokratischer Hand sind.

Wer's noch nicht wußte, mit dem Parteibuch hat das gar nichts zu tun!

(-/21.10.1982/ks/rs)

+ + +

